

Professor Dr. Axel A. Weber

Präsident

der Deutschen Bundesbank

Eingangsstatement zur Podiumsdiskussion

Tagung „Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen“

in Berlin

am 26. Januar 2005

– Es gilt das gesprochene Wort –

Die Diskussionen über nachhaltige öffentliche Finanzen zeigen immer wieder, dass weitgehend **Übereinstimmung über die Probleme** besteht. Diese haben ihren Kern in der zu hohen aktuellen Staatsverschuldung sowie den umlagefinanzierten sozialen Sicherungssystemen, die vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung mit einer hohen impliziten Verschuldung konfrontiert sind.

Auch über das Ziel nachhaltiger öffentlicher Finanzen herrscht Einigkeit. Über den **Weg, die Ziele zu erreichen**, diskutieren wir hier.

Zunächst zu den **sozialen Sicherungssystemen**: Es ist anzuerkennen, dass hier bereits beachtliche Reformmaßnahmen in die Wege geleitet wurden. So gehen sicherlich wichtige Impulse von den Rentenreformen der Jahre 2001 und 2004 aus.

Gleichwohl können die Reformbemühungen nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Die einzelnen Zweige – Krankenversicherung, Rentenversicherung und Pflegeversicherung – müssen „demographiefester“ werden.

Nach der Einschätzung vieler Experten sind dabei **Leistungskürzungen** nicht zu vermeiden. Die Stellschraube stetig steigender Beitragssätze darf nicht überdreht werden. Aber auch Leistungseinschränkungen, beispielsweise bei den Altersbezügen, sind nicht unbegrenzt akzeptabel. Daher erscheint mir – vor allem vor dem Hintergrund der steigenden Lebenserwartung - ein System mit einer längeren Lebensarbeitszeit nahe liegend. Diese ist insbesondere durch die Heraufsetzung des gesetzlichen Renteneintrittsalters zu erreichen.

Und damit komme ich zu einem ganz zentralen Aspekt, der sozusagen auch ein Anlass für diese Tagung ist: Bei aller Neuordnung kommt es maßgeblich darauf an, deutlich zu **kommunizieren**, welche Belastungen auf die Bürger zukommen. Gleichzeitig müssen die Rahmenbedingungen verlässlich sein. Nur so können sich die Bürger auf die neue Situation einstellen und entsprechend Vorsorge betreiben.

Das Reformspektrum umfasst auch den **Arbeitsmarkt**. Auch hier sind ja schon wichtige Weichen gestellt worden. Es muss in Zukunft gelingen, mehr Menschen am

Arbeitsprozess zu beteiligen. Dies entlastet nicht nur die Staatsfinanzen, sondern ist auch eine wichtige Voraussetzung dafür, dass mehr private Vorsorge betrieben werden kann und die Unabhängigkeit von staatlichen Systemen größer wird.

Die weitere noch zu bewältigende Herausforderung besteht in der Verringerung der **Schuldenquote**, die in den letzten Jahren stark gestiegen ist. Wenn wir auch künftig handlungsfähig bleiben wollen, ist es erforderlich, alle Staatsausgaben kritisch zu überprüfen. Ein Rückzug des Staates aus manchen Bereichen ist keineswegs zu bedauern. Er kann vielmehr als Chance verstanden werden, wenn damit etwa mehr Raum für private Initiative entsteht.

Ein nachhaltiger Konsolidierungsprozess kommt natürlich nicht ohne **stetige und verlässliche Einnahmen** aus. Hier ist es m. E. wichtig, ein staatliches Steuer- und Abgabensystem zu schaffen, das vor Überforderungen schützt, andererseits aber auch keine Schlupflöcher für vermeintlich Clevere lässt.

Bestehende **Institutionen** und Regelungen können helfen, das Nachhaltigkeitsziel zu erreichen. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt ist – oder sollte ich sagen „war“? - grundsätzlich eine gute Möglichkeit, sich glaubwürdig selbst an die Einhaltung einer soliden Finanzpolitik zu binden.

Die pragmatische Einfachheit der Kriterien des Pakts führt zu einem hohen Maß an Transparenz.

Wenn die bestehende Regelbindung jetzt weitgehend durch diskretionäre Entscheidungen ersetzt werden soll, ist m. E. damit nicht eine ökonomisch sinnvollere Handhabung garantiert. Ich sehe vielmehr die Gefahr, dass durch die Erhöhung der Komplexität der Pakt manipulationsanfälliger wird.

Ich möchte nun meiner Zeitvorgabe gerecht werden und das Eingangsstatement mit folgendem Appell beenden: Die Herausforderungen sind so groß, dass man parallel alle drei Hebel:

- Reform der sozialen Sicherungssysteme,
- umfassende Beteiligung am Arbeitsprozess und
- Verringerung der Schuldenquote

in Bewegung setzen muss.

* * *